

NRW soll Land der Unternehmer werden

Gründergeist wecken, Start-Ups unterstützen, Qualifikation und Innovation stärken, Bürokratie abbauen

Unternehmensgründungen sind der **Treibstoff unserer Volkswirtschaft**. Sie bringen Dynamik in eine Wirtschaft. Sie werden von Innovationen angetrieben und bringen weitere Innovationen hervor. Sie stärken die Marktwirtschaft, indem sie Druck auf etablierte Unternehmen ausüben und so den Wettbewerb um die besten Geschäftsmodelle, **die besten Produkte und die besten Dienstleistungen** am Laufen halten. Damit zwingen sie etablierte Unternehmen, ihrerseits innovativ zu bleiben, sich ständig anzupassen und sich nicht auf dem Erfolg früherer Tage auszuruhen.

Gründungen stärken auch die **soziale Durchlässigkeit einer Marktwirtschaft**: Neben einem starken Bildungssystem eröffnet vor allem die Gründung eines Unternehmens Chancen zum sozialen **Aufstieg** und ermöglicht Wohlstand und gesellschaftliche Anerkennung. Außerdem schaffen neue Unternehmen neue Arbeitsplätze.

Als innovationsbasierte und rohstoffarme Volkswirtschaft auf hohem Wohlstands- und Sozialniveau ist **Deutschland besonders auf eine dynamische Gründungskultur angewiesen**. Gerade hier sind Unternehmensgründungen und die dahinterliegenden Innovationen von herausragender Bedeutung. Ohne neue Ideen, neue Geschäftsmodelle, neue Produkte und Dienstleistungen kann Deutschland langfristig weder seine internationale Wettbewerbsfähigkeit noch sein Wohlfahrtsniveau halten.

Deutschland hängt **bei der Gründungskultur** allerdings bereits **erheblich hinter anderen vergleichbaren Staaten** hinterher. Der "Global Entrepreneurship Monitor" (GEM) etwa zeichnet ein verheerendes Bild: Im Vergleich der 26 gemessenen innovationsbasierten Volkswirtschaften liegt Deutschland abgeschlagen auf dem 22. Platz. Spitzenplätze nehmen dagegen z.B. die USA, Kanada, Israel oder auch die Niederlande ein.

In Nordrhein-Westfalen sieht es sogar noch schlechter aus. Die im Deutschlandvergleich mit 10,3 Prozent unterdurchschnittliche **Selbstständigenquote** in Nordrhein-Westfalen (deutschlandweit: 11,0 Prozent) ist ein Indikator für ein politisches Klima, das unternehmerische Initiative unattraktiv macht. Ein Aufholprozess des Landes ist dabei nicht zu erkennen. Im Gegenteil: Auch die **Gründungsquote in Nordrhein-Westfalen** ist laut KfW-Gründungsmonitor 2014 im Deutschlandvergleich **unterdurchschnittlich**. Während sich Länder wie Hessen und Rheinland-Pfalz neben den traditionell gründungsreichen Stadtstaaten in den vergangenen Jahren nach vorne geschoben haben, tritt Nordrhein-Westfalen auf der Stelle.

Ohne neue Ideen, neue Geschäftsmodelle, neue Produkte und Dienstleistungen kann ein Land weder seine Wettbewerbsfähigkeit noch sein Wohlfahrtsniveau halten. **Die Freien Demokraten setzen sich daher für die Stärkung der Gründungskultur in Nordrhein-Westfalen ein.**

Die Landesregierung muss **Gründerinnen und Gründer besser unterstützen und so Wachstums- und Beschäftigungsimpulse auslösen**. Dazu ist insbesondere mehr politisches Engagement im Bereich der Bildungs-, Wissenschafts- und Innovationspolitik notwendig. Denn die schulische Gründungsausbildung erhält von den im Rahmen des "Global Entrepreneurship Monitor" befragten Experten die mit großem Abstand schlechteste Bewertung sämtlicher gründungsspezifischer Faktoren. Entsprechender Unterricht findet in Nordrhein-Westfalen - wie auch die Vermittlung von Wirtschaftskompetenzen insgesamt - im Prinzip nicht statt.

Darüber hinaus benötigen wir weitere gezielte Weichenstellungen und kluge Investitionen im Bereich von **Bildung und Infrastruktur sowie einen mutigen Bürokratieabbau**. Auch das **politische Klima insgesamt muss gründer- und unternehmerfreundlicher werden**. Denn Missgunst gegenüber erfolgreichen Unternehmern wird nach wie vor auch aus verschiedenen politischen Richtungen geschürt. Wer dagegen mit einer Unternehmensgründung scheitert, wird fortdauernd stigmatisiert.

Das muss beendet werden. Wir brauchen eine **lebendige Gründerkultur, die Menschen ermutigt, mit eigenen Ideen den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen**. So kann ein echter Pioniergeist aufkommen, den das Land auch dringend benötigt. Nordrhein-Westfalen kann und muss zu einem Gründungs- und Chancenland werden.

NRW soll Land der Unternehmensgründungen werden. Zur Agenda gehört, Start-Ups besser zu unterstützen, Qualifikation und Innovation zu stärken und Bürokratie abzubauen.

Im Einzelnen fordert die FDP die Landesregierung dazu auf,

1. ein **bürokratiefreies Jahr für Unternehmensgründer** zu schaffen, so dass die Anmeldung des Gewerbescheines in der Gründungsphase ausreichend ist.
2. in Nordrhein-Westfalen mehr Angebote eines **Schulfachs "Wirtschaft / Unternehmertum"** zu schaffen.
3. in Nordrhein-Westfalen verbesserte **Kooperationsmöglichkeiten von Schulen mit Unternehmen** vor Ort zu ermöglichen, etwa durch ein breiteres Angebot und eine stärkere Nutzung von Projekten wie "Unternehmer im Klassenzimmer" oder "Schüler im Chefsessel".
4. die für Hochschulen und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen kooperationsfeindlichen Regelungen des sogenannten **Hochschulzukunftsgesetzes zurückzunehmen**, um wissens- und technologiebasierte Ausgründungen aus Hochschulen wieder attraktiv zu machen.
5. in Nordrhein-Westfalen ein **"One-Stop-Shop"-Konzept für Unternehmensgründer** umzusetzen. Ein Behördenkontakt mit zentralem Ansprechpartner muss für eine Gründung ausreichen. Das gilt insbesondere auch für ausländische Gründer, so dass in den "One-Stop-Shops" mindestens auch englisch gesprochen werden muss.
6. sämtliche **Wirtschaftsförderinstrumente** des Landes **auf ihre Gründerfreundlichkeit hin zu überprüfen**. Dazu gehört u.a. die Öffnung bestehender Förderprogramme für Existenzgründer - z.B. auch für Nichtakademiker.
7. das **Breitbandnetz in ländlichen Regionen** in Nordrhein-Westfalen schneller auszubauen, um eine flächendeckende Versorgung zu schaffen. Denn neue Unternehmen können nicht nur in großen Städten entstehen, ohne Zugang zu breitbandigem Internet sind Unternehmensgründungen heute jedoch nahezu unmöglich. Für den Ausbau sollen verstärkt Europäische Regionalfördermittel genutzt werden.
8. ein für Existenzgründer **bürokratieärmeres Steuerrecht** des Bundes durchzusetzen. Dazu gehören die Abschaffung der monatlichen Umsatzsteuervoranmeldungspflicht für Existenzgründer, die Anhebung der Grenzen bei Buchführungs- und ähnlichen Pflichten für junge und kleine Unternehmen, die Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen sowie mehr Rechtssicherheit bei der Befreiung von Sozialbeiträgen für die Geschäftsführer von Startups, so dass Teamgründungen gegenüber Einzelgründungen nicht weiterhin benachteiligt werden.
9. eine **gründerfreundliche Steuer- und Finanzpolitik des Bundes durchzusetzen**. Dazu gehören die Schaffung eines Venture-Capital-Gesetzes, die Abschaffung der steuerlichen Benachteiligung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital, die sofortige steuerliche Absetzbarkeit von Wagniskapital-Investitionen privater Geldgeber, Verbesserungen für Gründer im Bereich der Verlustverwertung beim Verkauf sowie bei der Mindestbesteuerung, Erleichterungen von Investitionen in Unternehmensgründungen für institutionelle Anleger sowie die Nutzbarmachung der Regeln für Gewinnthesaurierung für Personengesellschaften. Hierzu gehört darüber hinaus die Entkopplung des Gründerzuschusses von Arbeitslosigkeit. Die Vergabe findet dann nicht mehr durch die Bundesagentur für Arbeit statt, sondern beispielsweise durch die KfW.
10. grenzüberschreitende (bi-nationale) Berufsausbildungen für das Handwerk gerade auch zur Stärkung von Grenzregionen uneingeschränkt zu ermöglichen und jegliche Hemmnisse in diesem Bereich abzubauen, womit es auf der einen Seite Berufsschülerinnen und Berufsschülern ermöglicht wird, in zwei Staaten eine einheitliche Berufsausbildung zu absolvieren und wodurch sich auf der anderen Seite für Arbeitssuchende und Unternehmer der regionale Arbeitsmarkt vergrößert.